

Parteilgruppe noch gar nicht auf der politischen Bild-  
fläche als Partei erschienen war. (Sehr richtig! b. d.  
Soz.) Wer weiß, was Sie gemacht hätten, wenn Sie  
in der Nationalversammlung mitgelesen hätten. Sie  
haben Ihre politische Tätigkeit in der damaligen Zeit  
vorerst so erfolgreich ausgeübt, daß Sie an manchen  
Orten die Wahlurnen beseitigt haben. (Heiterkeit b. d.  
Soz.) Das sind Dinge, mit denen man sich nicht hin-  
stellen und in denen man nicht herumtamen kann in  
dem Glauben, daß man damit eine Partei wie die  
sozialdemokratische totschlagen kann.

Wir stehen jetzt mitten in den Etatberatungen. Etat-  
beratungen sind immer Zeiten, in denen reaktionäre  
Regierungen Geschenke auszuverteilen beliebigen, und wir  
haben auch im diesmaligen Etat zwei große Geschenke,  
die die Regierung auf den Tisch des Hauses niederlegt.  
Das eine Geschenk wendet sich an die geliebten Haus-  
besitzer (Heiterkeit b. d. Soz.), das ist die Legalisierung  
der Stundungsverordnung, die uns die Kleinigkeit von  
7 1/2 Millionen und dann noch 2 1/2 Millionen Steuer-  
ertrag bringt. Das zweite Geschenk, aus dem heraus  
vielleicht die freundlichen Töne des Finanzministers  
Weber bei der Etatberatung verströmt, ist das Geschenk,  
das man der Kirche mit der Vorlage Nr. 73 machen  
will, und dieses Geschenk ist ein doppeltes. Das Ge-  
schenk ist zunächst einmal ein finanzielles, das gibt man  
mit der Vorlage Nr. 73, und das Geschenk ist mit der  
Vorlage Nr. 74 auch ein machtpolitisches; da gibt man  
der Kirche wieder einen gewissen Einfluß auf den Staats-  
apparat und was dergleichen Dinge mehr sind.

Ich bin außerordentlich gespannt, ob die Regierung  
diese Gebefreudigkeit auch anderen Kulturinstitutionen  
gegenüber bewahren wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir  
werden in aller kürzester Zeit, wahrscheinlich morgen  
schon, Gelegenheit haben, ein sehr wichtiges Kapitel  
der Volksschule zu behandeln, und ich will hoffen, daß  
die Gebefreudigkeit der Regierung noch 24 Stunden  
anhält. (Sehr richtig! b. d. Soz.) und uns eine Sache  
gewährt, die nicht erst legalisiert zu werden braucht,  
sondern schon ein Gesetz ist. Ich habe allerdings bei  
der Kenntnis von der inneren Verfassung dieser Re-  
gierung und dieser Mehrheit so ganz gelinde Zweifel,  
vor allen Dingen, wenn ich mir überlege, daß die Regierung  
sich z. B. weigert, die wenigen Mark für die Pensions-  
kosten der Handarbeitslehrerinnen, die in Lit. 14 eingelegt  
sind, zu zahlen, während sie hier für die Ruhegehalts-  
bedürfnisse der Geistlichkeit die 4 Millionen mit Leichtig-  
keit auf den Tisch legt und dann auch noch feststellen  
läßt: eigentlich sind wir furchtbar anständig gewesen, daß  
wir bloß 4 Millionen genommen haben. Dabei vergißt  
die Regierung und auch Herr Widmann, daß, soweit ich  
wenigstens unterrichtet bin, es in dem einen Gerichts-  
urteil heißt, daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche  
und Staat nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit getroffen  
werden kann. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und nun überlegen  
Sie sich bitte einmal, wie man die finanzielle Leistungs-  
fähigkeit unseres sächsischen Staates bauern von Re-  
gierungsseite aus hier einschätzt. Da komme ich auf den  
allerwichtigsten Punkt. Wenn es schon von unserem  
Standpunkt aus nicht richtig ist, daß man in den zurück-  
liegenden Jahren der Kirche soviel gegeben hat, so ist es  
gegenwärtig einfach unverantwortlich, der Kirche 1 Mill. M.  
mehr an laufenden Mitteln im Jahre zu geben und außer-  
dem noch die 2 Millionen einmalige Abfindung. Ich habe  
das einfach unverantwortlich genannt und muß natürlich  
auch den Beweis dafür antreten.

Wir haben erlebt, daß die 50 000 M., die man für  
die soziale Gerichtshilfe beantragt hatte, abgelehnt hat.  
(Zuruf b. d. Soz.: Skandal!) Die Million kann man  
selbstverständlich in Ruhe geben, wenn man die 50 000 M.  
gepart hat. Wir haben erleben müssen, daß man die  
Winterbeihilfe abgelehnt hat. Wir haben erleben müssen,  
daß man sich in der Frage der Schulkinderspeisung ab-  
lehnd verhalten hat, und ich will nicht alle die Dinge  
wieder aufzählen, die bei der Beratung des Etats in  
gleicher Weise von unseren Etatrednern bereits charak-  
terisiert worden sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber das  
eine gilt es festzuhalten: In einer Zeit, in der die Er-  
werbslosigkeit noch Hunderttausende in unserem Lande  
in ihren Bann zieht, in einer Zeit, in der man um die  
Lösung des Wohnungsproblems in einer geradezu un-  
erhörten Weise ringen muß, ist es eben unverantwortlich,

in der Weise mit den Millionen des Staates zu wirt-  
schaften, wie es durch die Vorlage Nr. 73 geschieht.  
(Sehr wahr! b. d. Soz.)

Und dazu kommt folgendes, daß man gerade diese  
Notleidenden doch indirekt mit heranzieht, diese Milli-  
onen zu bezahlen. Denn man gibt doch das Geschenk  
der Kirche aus allgemeinen Staatsmitteln, und Staats-  
mittel sind immer Steuermittel, und zu diesen Steuer-  
mitteln haben die Erwerbslosen, die heute draußen auf  
der Straße liegen, haben die Leute, die keine anständige  
Wohnung haben, mit beitragen müssen durch ihren  
Steuerbeitrag, den sie irgendwie leisten. Da kennt man  
auf einmal die Leute, da besinnt man sich auf sie, aber  
auf der anderen Seite kennt man sie wieder nicht. Der  
§ 22 der Vorlage Nr. 74 bestimmt, daß z. B. ein aus  
der Kirche Ausgetretener bei irgendwelchen Kosten, die  
entstehen, z. B. bei Begräbnissen, die Hälfte mehr bezahlen  
darf. Durch seine Steuermittel darf er mit dazu bei-  
tragen, daß der Staat die Kirche finanziert. Wenn ihm  
aber das menschliche Geschick zuteil wird, daß er auch  
einmal stirbt, dann dürfen seine Angehörigen noch  
50 Proz. an Kosten mehr bezahlen als die Leute, die  
sich die Steuerkraft des Verstorbenen, ihre Mittel vom  
Staate haben bewilligen lassen.

Dann möchte ich in diesem Zusammenhange noch  
auf zwei Punkte hinweisen. Gerade die Herren von  
der Wirtschaftspartei sind die berufenen Stahlgüter des  
Begriffes Sparsamkeit, und vor allen Dingen operieren  
sie immer mit dem Begriff: Wir dürfen nur Ausgaben  
tätigen, die sich in irgendeiner Weise wieder produktiv  
in der Volkswirtschaft auswirken. Ich bin begierig darauf,  
die Antwort zu hören, inwiefern sie die Produktivität  
dieser Ausgabe begründen. Sie werden die Produktivität  
dieser Ausgabe lediglich mit einer allgemein gehaltenen  
Erklärung nachweisen können, die darin besteht, daß eben  
die ideologische Unterstützung der Kirche für ihr ganzes  
kapitalistisches Wirtschaftssystem eine außerordentlich not-  
wendige Unterstützung darstellt und insoweit für sie  
natürlich auch produktiv wirkt. Diesem Gedankengang  
muß ich mich selbstverständlich anschließen, weil er auf  
Grund meiner historischen Kenntnisse allerdings auch sehr  
richtig ist.

Weiter sind die Rechtsbestimmungen, auf die  
man sich in der Vorlage Nr. 73 stützt, doch sehr eigen-  
tümlicher Art. Ich habe im Verlaufe der heutigen Dis-  
kussion eigentlich noch nicht allzuviel davon gehört, und  
ich will nur in aller Kürze darauf hinweisen. So beruft  
man sich unter anderem bei den sogenannten rechtlichen  
Verpflichtungen, die der Staat habe, auf einen General-  
artikel vom Jahre 1680. (Lachen b. d. Soz.) Das liegt  
also noch nicht allzuweit zurück. (Erneutes Lachen b. d.  
Soz.) Dann bringt man den Begriff des Gewohnheits-  
rechts mit herein. Es wäre sehr gut, wenn man diesen  
Begriff in anderer Hinsicht einmal gebrauchen würde.  
Das Allerkürzeste aber ist, was auf der Seite 8 ver-  
zeichnet steht. Da heißt es:

Es handelt sich hier um eine königliche Zusicherung,  
die auf Grund von Abs. 5 des Landtagsabschiedes vom  
4. September 1831 ebenso verbindlich ist, als ob sie  
in der Verfassungsurkunde selbst aufgenommen worden  
wäre.

Ein sehr zweifelhaftes Kompliment für die Regierung  
heißt, die im Jahre 1929 eine königliche Versicherung  
aus dem Jahre 1831 als rechtsverbindlich für ihre  
republikanische Regierung ansieht. Wenn man sieht,  
auf welche mittelalterliche Rechtsbestimmungen man sich  
hier beruft, dann kann man sagen, daß damit der Geist  
dieser Vorlage glänzend charakterisiert ist. Es ist eben  
der Geist des Mittelalters.

Nun muß man allerdings die Frage noch in einen  
anderen Zusammenhang hineinstellen. Der Papst hat  
im Jahre 1922 eine berühmte Bulle erlassen. In dieser  
Bulle stellt der Papst fest:

Dazu (zu all den Maßnahmen, um das kirchliche  
Leben wieder zu heben) gehören insgesamt alle die-  
jenigen Einrichtungen, Beratungen und Unter-  
nehmungen, die unter dem Namen der katholischen  
Bewegung, die uns sehr willkommen ist, zusammenge-  
faßt werden.

Seit diesem Jahre gibt es den Begriff der sogenannten  
katholischen Aktion in der Weltgeschichte. Aber es gibt

nicht nur eine katholische Aktion, sondern die katholische  
Aktion hat sich mittlerweile zu einer allgemeinen kirchlichen  
Aktion ausgewachsen. Es ist sehr leicht nachzuweisen, daß  
die evangelisch-lutherische Kirche der katholischen auch nicht  
im geringsten nachsteht. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.)  
Ich will nur daran erinnern, daß die Konfessions-  
bestrebungen heute in der evangelischen Kirche genau so  
stark vertreten werden wie in der katholischen Kirche.  
Ich will ferner darauf hinweisen, daß in Bayern, in  
dem Lande, in dem bekanntlich heutzutage so beinahe alles  
möglich ist, von katholisch-kerikalen Kreisen der Gedanke  
geduldet worden ist. Ja, so geht das überhaupt nicht  
weiter, wir müssen Steuern zahlen für die allgemeine  
Staatsschule und sind doch Anhänger der Kirche! Drehen  
wir doch einmal den Spieß um, angewendet auf  
unsere Verhältnisse müßte man da sagen: Ja, so geht  
doch die Sache nicht weiter, das ist doch ein unethischer  
Zustand, wir sind Freidenker, aus der Kirche ausge-  
treten und müssen mit unseren Steuern dazu beitragen,  
daß man die Kirche unterhält! Was in dem einen Falle  
recht ist, muß doch in dem anderen Falle billig sein.

Ich könnte in diesem Zusammenhange auch an ein  
Ereignis unserer allernächsten Nachbarschaft erinnern.  
Der Bischof von Meissen hat sich in die Reihe der  
Kirchenbriefer verschickenden Bischöfe eingegliedert und  
hat unter anderem einen Kirchenbrief verschickt, in dem  
er sich gegen die Begriffe des Liberalismus und des  
Materialismus ganz entschieden wendet. Der Bischof  
von Meissen bezeichnet den Materialismus in seinem  
Kirchenbriefe als etwas Dämonisches, Gefährliches und über-  
haupt für die Volkseele entsetzlich Verwünschendes. Was  
ist denn eigentlich Materialismus? Ist das nicht auch  
Materialismus, wenn man sich mit der Kleinigkeit von  
6 460 000 M. pro Jahr laufender Unterstützung begnügt,  
und dann kommen noch die 60 000 M. für die Katholiken  
dazu und die 2 Millionen einmalige Abfindung? Das ist  
doch der nackte Materialismus. Das ist doch das, was  
wir bekämpfen. (Sehr gut! und Sehr richtig b. d. Soz.)  
Da haben Sie die glänzendsten Beweise dafür, daß  
man sich mit solchen eigenen Mitteln sehr leicht schlagen  
kann, wenn man so ungeachtet operiert wie der Bischof  
von Meissen.

Es ist in diesem Zusammenhange auch schon fest-  
gestellt worden, wie die allgemeine politische Verbindung  
zwischen Kirche und Reaktion in den letzten Erscheinungen  
Italiens ganz augenfällig zur Tatsache geworden ist.  
Aber wir brauchen ja nicht so weit zu gehen. Sehen  
Sie sich unsere Verhältnisse an! Wer schlägt schwarz-  
weiß-rot, wenn die Patentkreuzler aufmarchieren? Wer  
segnet die Patentkreuzlerfahren? Wer marschiert unter  
diesen Fahnen hinter den Krappen von Maschinen-  
gewehren mit hinaus zu irgendwelchen Feldbienen?  
Das sind immer unsere Geislichen, wenn auch nicht  
alle, aber es sind immer welche dabei. Wenn sie wirk-  
lich so eingestellt wären, wie Herr Kollege Siebert  
in diesem Falle gesagt hat, daß sie keine absoluten Gegner  
der Staatsform wären, dann sollten sie endlich einmal  
den klaren und trennenden Schnitt zu allen solchen  
Organisationen ziehen und die Dinge lassen, die der Kirche  
immer und immer wieder das Zeugnis einer Stufe  
der Reaktion erneuern.

So zeigen diese beiden Vorlagen Nr. 73 und 74,  
eingebracht in der gegenwärtigen Situation, eine große  
historische Erkenntnis aufs neue: mit dem Erstarken  
der Reaktion wächst stets der Anspruch der Kirchen!  
(Sehr gut! b. d. Soz.) 1918 waren sie einmal eine  
keine Zeitlang anständig gewesen, aber nachdem die  
Jahre 1923 und 1924 über uns dahingegangen sind,  
haben sie mit dem Wiederaufwachen der nationalistischen  
Bewegung auch auf einmal die Renaissance des so-  
genannten christlichen Geistes empfunden. Die dem  
Geiste stellen wir uns als Sozialdemokraten mit aller  
Entschiedenheit entgegen. Im Ausschusse werden wir  
uns bei der Beratung dieser grundsätzlichen Einstellung  
entsprechend verhalten. (Bravo! und Händeklatschen  
b. d. Soz.)

Damit ist die Aussprache geschlossen.  
Die Vorlagen Nr. 73 und 74 und die Drucksache  
Nr. 1089 werden dem Rechtsausschusse überwiesen.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr 52 Minuten.)